

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Bündnis AgiEL – AtomkraftgegnerInnen im Emsland
Natur- und Umweltschutzverein (NUG) Gronau
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf
Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus"
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
AntiAtom Bonn
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung

Gronau/Münster/Bonn/Berlin, 27. März 2020

WDR: Bundesinnenministerium stoppt Urantransport

Anti-Atomkraft-Initiativen: "Positives Signal der Einsicht" - Jetzt auch Brennelementexporte Lingen-Doel absagen

Anti-Atomkraft-Initiativen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie die Ärzteorganisation IPPNW begrüßen die Untersagung eines umstrittenen Uranmülltransports von der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau nach Russland. Der WDR hatte gestern berichtet, das Bundesinnenministerium habe den für nächste Woche geplanten Atomtransport aufgrund der erheblichen Belastungen durch die Corona-Krise gestoppt.

"Dies ist ein positives Signal der Einsicht seitens der Bundesregierung. Es ist bedauerlich, dass der Gronauer Urananreicherer Urenco nicht von sich aus bereit war, den gefährlichen Urantransport inmitten der Corona-Krise zu stoppen. Wir erwarten nun von Urenco und der NRW-Landesregierung verbindliche Aussagen, wie lange das Transportverbot gelten soll und welche weiteren Urantransporte von und nach Gronau von der Entscheidung des Bundesinnenministeriums betroffen sind," erklärte Udo Buchholz vom örtlichen Arbeitskreis Umwelt Gronau.

Geplant war von Urenco die Durchführung eines Uranmülltransportes mit einem Sonderzug von Gronau durch das Münsterland und das Ruhrgebiet nach Amsterdam. Dort hätte dann die Verladung des Atommülls auf ein russisches Frachtschiff für den Weitertransport nach Russland erfolgen sollen. Auch in Russland gab es in den letzten Monaten immer wieder Proteste. Der Betrieb der Gronauer Uranfabrik ist zudem mit häufigen Urantransporten per LKW verbunden.

Brennelement-Exportgenehmigungen trotz EuGH-Urteil

Anti-Atomkraft-Initiativen, BBU und IPPNW fordern in dieser Situation von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD), dem Beispiel von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zu folgen. Die Ministerin soll jetzt auch Exportgenehmigungen für neue Brennelemente von der Brennelementefabrik Lingen (Emsland) für die Hochrisiko-Reaktoren Doel 1 und 2 bei Antwerpen in Belgien zurückziehen, die letzte Woche über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) erteilt wurden.

"Was Horst Seehofer kann, muss auch bei der Bundesumweltministerin ankommen. Sowohl der EuGH wie auch der belgische Verfassungsgerichtshof haben die aktuellen Laufzeitverlängerungen für Doel 1 und 2 für unrechtmäßig erklärt. Wie das Bundesumweltministerium in dieser juristisch klaren Lage und mitten in der Corona-Krise neue Brennelementexporte von Lingen aus genehmigen kann, ist völlig unverständlich. Bei einem Transportunfall oder einem Reaktor-Störfall wäre die Bundesregierung nunmehr mithaftbar. Bundesumweltministerin Schulze muss diesen fatalen Fehler umgehend korrigieren und die Genehmigung für die Brennelementexporte von Lingen nach Doel zurückziehen," forderte Alex Vent vom Bündnis AgiEL – AtomkraftgegnerInnen im Emsland.

Kontakt:

Udo Buchholz, AKU Gronau/BBU, Tel. 02562-23125, 0178-9050717

Alex Vent, Bündnis AgiEL, Tel. 0157-59690000

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

Weitere Infos:

www.bbu-online.de, www.atomstadt-lingen.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de,
www.ippnw.de